

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 5-spaltige Zeile 1,50 Mk. bei Auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 5.— Mk. bei Auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2446. — Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3266.

Nr. 38

Dienstag, den 15. Februar 1921

12. Jahrgang

## Die „Entwaffnung“ der Andern.

### Die Kosten der polnischen Militärmacht.

Berlin, 15. Febr. Der Warschauer Korrespondent der „Polschen Zeitung“ schreibt über den chaotischen Zustand der polnischen Staatswirtschaft u. a.: Der polnische Staatsvoranschlag weist einen Fehlbetrag von 80 Millionen Mark auf. Nach dem vor kurzem veröffentlichten Status der staatlichen Darlehensstoffe beträgt der Papiergeldumlauf 50 Milliarden Mark. Weiter bedeute eine schwere Schuld Polens das von Frankreich und anderen befreundeten Ländern seit Jahr und Tag gelieferte Kriegsmaterial, deren Höhe sich nicht annähernd feststellen läßt. Am meisten zehrt das polnische Heerwesen an Polens Staats- und Volkskörper. Es beansprucht 60 Prozent der gesamten polnischen Staatsausgaben. Laut Voranschlag für 1921 besitzt das relativ kleine Polen die größte Armee in ganz Europa, für deren Unterhalt kein einziger Pfennig aus den Staatseinnahmen verwendet werden kann, da die Militärausgaben 80 Milliarden Polennark betragen, also ebenso hoch sind, wie das Defizit des Staatshaushalts. (Aus dieser Aufstellung geht mit voller Deutlichkeit die ganze volkswirtschaftliche Schädlichkeit aller militärischen Rüstungen hervor. D. Red.)

### Ergänzung des deutsch-polnischen Amnestievertrages.

Berlin, 14. Febr. Gestern ist im Auswärtigen Amt ein Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrage vom 1. Oktober 1919 über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit (deutsch-polnischer Amnestievertrag) von den hierzu bevollmächtigten deutschen und polnischen Unterhändlern unterzeichnet worden. Der Vertrag bedarf noch der Ratifizierung durch die gesetzgebenden Körperschaften.

### Das Programm unsrer französischen Genossen.

Paris, 14. Febr. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei, Richard Renaudel-Vonguet hat eine Tagesordnung angenommen, in der Albert Thomas aufgefordert wird, zwischen seiner Stellung als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes und seinem Deputierten-Mandat zu wählen. Der Nationalrat hat ferner auf Antrag von Grumbach-Tolmar eine Resolution angenommen in der die Reparationspflicht Deutschlands anerkannt wird. (Diese Verpflichtung an sich wird auch von Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages keineswegs bestritten. Es wäre aber interessant zu erfahren, wie sich unsere französischen Genossen zu den überspannten Pariser Forderungen stellen. D. Red.) Der Nationalrat sprach sich außerdem für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland aus und nahm sodann den Wortlaut einer Kundgebung an die arbeitende Bevölkerung an, in dem die Grundzüge der Partei und die Ursachen der Trennung auf dem Kongreß in Tours auseinandergesetzt werden. Schließlich wurden für den Internationalen Kongreß in Wien die Delegierten bestimmt; unter ihnen befinden sich Vonguet und Renaudel. Im ganzen wird die Partei durch fünf Mitglieder vertreten. (Besonders hat Renaudel auch im vorigen Sommer am Genfer Kongreß der Zweiten Internationale teilgenommen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn er sich in Wien für die Einigung der sozialistischen Internationale einsetzen würde, denn ohne Einigkeit bliebe die ganze internationale sozialistische Bewegung nur ein Phantom. D. Red.)

### Das italienische Betriebsräteystem.

Rom, 12. Febr. Ministerpräsident Giolitti hat dem Vertreter der „Chicago Daily News“ eine Unterredung über die Betriebsräte und über die Entwaffnung gewährt. Wie bekannt, liegt jetzt dem italienischen Parlament ein Gesetzesentwurf betr. Einführung der Betriebsräte und der Arbeiterkontrolle in den Betrieben vor. Giolitti sagte: Dieses Gesetz wird den Arbeitern gestatten, den Preis der Rohstoffe, die Erzeugungskosten, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, die Namen der Teilhaber und den Betrag ihrer Gewinne, sowie die Erzeugungsmethoden mit Ausnahme der Fabrikationsgeheimnisse kennenzulernen. Durch dieses Gesetz wird Italien in bezug auf soziale Gesetzgebung allen anderen Mächten vorangehen und einen durchaus neuen politischen Versuch machen. Die fortschreitende industrielle Ausbildung der Arbeiter wird auch den Tag beschleunigen, an dem die Arbeiter imstande sein werden, ihre Industrien direkt zu betreiben. Dieser Fortschritt wird aber selbstverständlich sehr

langsam sein. Durch die Arbeiterkontrolle werden die Industrien genötigt werden, mehr auf die Produktion als auf die Spekulation achtzugeben, was die Erzeugung selbst direkt befördern wird.

Auf die Frage, ob er einen staatlichen Schutz der Schwerindustrie für gut halte, antwortete Giolitti: Ich sehe keinen Grund, um diesen Schutz zu gewähren; allerdings, wenn einige Industrien für die Landesverteidigung unentbehrlich sind, so ist es besser, daß sie unter staatlicher Kontrolle stehen. Italien hat aber keinen Grund, einen neuen Krieg zu fürchten. Es hat seine natürlichen Grenzen erreicht und will nur leben und leben lassen. Auf die weitere Frage, ob er einer allgemeinen Entwaffnung günstig gegenüberstehe, antwortete Giolitti, Italien werde nie einen solchen Plan bekämpfen, unter der Bedingung allerdings, daß die Entwaffnung wirklich eine allgemeine sei, und daß die innere Ordnung im Lande gesichert werden könne.

### Amerikanisch-japanischer Rüstungswettkampf.

London, 14. Febr. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, die Debatte im Kongreß bestätige die Absicht Amerikas, seinen Flottenetat nicht abzuändern. Im Senat wurde auf die Behauptungen hingewiesen, wonach die Erklärungen britischer Marinefachverständiger, die den Wert von Großkampfschiffen herabsetzen, Propaganda der britischen Regierung seien, um auf das amerikanische Schiffbauprogramm einzuwirken. Amerika baut zwei Luftkreuzer mit einem Flugbereich von 2100 Meilen.

London, 14. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington, die Ablehnung des Rüstungseinschränkungsantrages im japanischen Repräsentantenhaus habe anscheinend in Washington großen Eindruck gemacht. Man sehe diesen Beschluß als die Antwort Tokio an auf den amerikanischen Senatsausschuß für Marinefragen gefaßten Beschluß, eine Flotte zu bauen, „die der jeder anderen Macht gleich ist“. Japan müsse bauen, weil Amerika baue, und Amerika müsse bauen, weil es eine jeder anderen Macht gleichkommende Flotte haben müsse.

### Das Schicksal Deutschösterreichs.

Wien, 14. Febr. Wie die politische Korrespondenz meldet, begab sich heute der italienische Gesandte de Gaboretta nach Rom, um mit dem Grafen Sforza über die bevorstehende Konferenz in Porto Raso sowie über das für die Hilfeleistung in Oesterreich zu bildende internationale Finanzsyndikat Besprechungen zu pflegen.

Wien, 14. Febr. Wie die Rathauskorrespondenz meldet, überreichte eine Abordnung des Zentralrates der geistigen Arbeiter Oesterreichs der Reparationskommission eine Denkschrift, in der im Namen von 130 Berufsverbänden geistiger Arbeiter die Bitte ausgesprochen wird, die Reparationskommission möge geeignete Schritte unternehmen, um das zurzeit in Oesterreich bestehende lohnbrückende Ueberangebot an geistigen Arbeitern durch Beschaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten für geistige Arbeiter im Zustande aufzuhalten und durch Kreditgewährung und Frachtarbeiterleistungen für konsumgenossenschaftliche Zwecke tatkräftig bei der Rettung dieser von der fortschreitenden Verelendung bedrohten Bevölkerungsgeschichten mitzuwirken.

Wien, 14. Febr. Nach einer parteiamtlichen Mitteilung fand gestern eine Sitzung der Reichsparteileitung der groß-deutschen Volkspartei statt, in der von allen Rednern betont wurde, daß die Partei mit allen Mitteln auf die rascheste Durchführung der Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland zu dringen habe.

Wien, 14. Febr. Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge traf der ungarische Minister des Außern Graf und der ehemalige ungarische Minister des Innern, Graf Szagy, Mittwoch abend in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Friedens von Trianon die mit der Uebergabe Westungarns an Oesterreich zu erledigenden Fragen zu erörtern.

### Bemerkenswerte Stadtverordnetenwahlen in Oberschlesien.

Breslau, 14. Febr. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ aus Kreuzburg O.-S. meldet, erhielten bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen die Listen der vereinigten deutschen Parteien 5188 und die Liste der Nationalpolen 276 Stimmen.

### Die Pariser Wiedergutmachungsbeschlüsse.

Von Max Cohen.

So erfreulich die Einseitigkeit in Deutschland gegenüber den in Paris aufgestellten Forderungen auch sein mag — sie ist vorläufig nur eine Uebereinstimmung im Negativen. Ob sie standhalten wird bei der Aufstellung der positiven Gegenanschläge, die der Außenminister in seiner Reichstagsrede erfreulicherweise sofort angekündigt hat, ist nicht ganz so sicher. Darauf aber läßt es an. Denn die Lage ist höchlich ernst, und man soll nur nicht glauben, daß die auf die Pariser Beschlüsse festgelegten Staatsmänner der Entente geneigt sein werden, sich leicht etwas abhandeln zu lassen, nachdem sie die in Deutschland Entsehen erregende Riesensumme nun einmal zur Grundlage der Entschädigungszahlungen gemacht haben.

Es war gerade der Vorzug des von den meisten Deutschen nicht recht begriffenen Plan Seydoux, daß er vorläufig einmal fünf (zum größten Teil in Sachleistungen zu entrichtende) Jahreszahlungen vorsah, ohne daß die Gesamtzahl (die natürlich da war, aber, mehr symbolisch, im Hintergrund schwebte) überhaupt genannt wurde. Denn es kommt bei allen Versuchen, den Versailler Friedensvertrag zu revidieren, in erster Linie darauf an, Zeit zu gewinnen und dahin zu streben, daß eine große und immer wachsende Zahl von Franzosen zu der Einsicht gelangt, daß die von dem früheren Gegner erhofften Riesensummen, für die man das Schlagwort gefunden hatte: Der Deutsche wird alles zahlen, von diesem nicht ausgebracht werden können. Dazu braucht man um deswillen eine längere Zeit, weil diese Einsicht in höchstem Grade von der Besserung des allgemeinen politischen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern abhängt. Das kann aber durch nichts so sehr gefördert werden, wie durch eine auf Grund einer gegenseitigen Verständigung herbeigeführte, eine Reihe von Jahren laufende Entschädigungsleistung Deutschlands, wie der Plan Seydoux sie vorsah. Heute wird man in Deutschland wohl allmählich einsehen, daß es ein Fehler gewesen ist, keine positiven Vorschläge für ihn gemacht zu haben. Man hätte sie nämlich auch trotz des Hineinwerfens der sogenannten fünf Voraussetzungen in die Diskussion machen können. Irgendwelche, hauptsächlich in Sachleistungen zu zahlende Entschädigungssumme konnte von Deutschland unter allen Umständen genannt und hinzugefügt werden, daß sie sich, bei Erfüllung der einen oder anderen oder gar aller fünf Voraussetzungen, um so und so viel Millionen Goldmark werde vermehren lassen. Es kann natürlich nicht mit mathematischer Gewißheit behauptet werden, daß eine solche Haltung Deutschlands unter allen Umständen von Erfolg gewesen wäre. Alle Wahrscheinlichkeit aber sprach dafür, nachdem sowohl der französische wie der englische Botschafter offiziell erklärt hatten, daß ihre Regierungen auf dem Boden des Planes von Seydoux stünden und der Pariser „Temps“ in einem Artikel eine auf diese Weise aufzubringende Summe von 1½ Milliarden Goldmark genannt hatte.

Es scheint so, als ob diese Lösung erledigt wäre, und es dürfte nicht leicht sein, sie wieder in den Vordergrund zu stellen. Um so sorgfältiger wird nunmehr geprüft werden müssen, was jetzt zu tun ist. Der Nachweis, daß die Pariser Vorschläge mit ihrer Festlegung auf 42 Jahresraten, von denen die letzten 31 eine Zahlung von 6 Milliarden Goldmark und, 42 Jahre lang, eine Abgabe von 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr vorsahen, eine absolute Unmöglichkeit sind — das wird an sich kaum allzu schwer sein. Bis zum Zusammentritt der Londoner Konferenz werden das vermutlich auch die einsehen, die diese Forderungen weitergeschrieben haben. Als erste Notwendigkeit wird man freilich bei uns verlangen müssen, daß alle, die zu diesen Dingen reden oder schreiben, sich auf den sachlichen Nachweis dieser Unmöglichkeit beschränken und darauf verzichten, die Entente-Minister als Narrenhäuser oder sonst irgendwie zu beschimpfen.

Man wird auch drüber gewiß begreifen, daß die jährliche Aufbringung derart hoher Summen, zuzüglich einer von manchen auf eine, von anderen auf 2 Milliarden Goldmark geschätzten Ausfuhrabgabe, an Voraussetzungen gebunden sind, die einen wirtschaftlich-industriellen Rückschlag gerade in den Ländern herbeiführen müßten, die durch den Empfang der Milliardensummen ihre Wiederherstellung erwarten. Das läßt sich am besten nachweisen, wenn man die Frage untersucht, welche Zahlungsmöglichkeiten Deutschland überhaupt hat. Zuerst kam es (daran ist weiter unten noch die Rede) eigene Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete stellen. Sodann können wir Waren (besonders Rohstoffe und Halbfabrikate) senden, die wir selber im Lande haben. Drittens kommt die Lieferung von Waren in Betracht, die ganz oder teilweise aus ausländischen Rohstoffen hergestellt sind, und viertens Zahlungen in bar.

Es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß keine Zahlungsart möglich ist, wenn nicht nur jeder einzelne Deutsche, sondern auch der Staat selber sich der äußersten Sparfahigkeit befleißigt und die Lebenshaltung aller soweit herabgesetzt ist, wie sich das mit der Aufrechterhaltung der Volksgesundheit nur eben vereinbaren läßt. Welche Schäden unseres Volkes sind bereits unter diese Linie gesunken, während andere (es sind verhältnismäßig geringe, aber laut von sich redemachende, in die Augen fallende und sich aufdringlich gebärende Kreise) noch sehr hart über ihr stehen. Wenn man diese äußerste Einschränkungswirtschaft, die absolut unentbehrlich ist, als gegeben annimmt, so sind die unter 3 und 4 genannten Zahlungsarten nur dann ausführbar, wenn wir große Warenmengen, an denen wir verdienen, exportieren können. Von diesem so gewonnenen Verdienst müssen wir erstens die eingeführten, verarbeitet wieder hinausgehenden Rohstoffe bezahlen, so wie den Teil der Einfuhr, den wir zum Sattwerden, zur Bekleidung usw. nicht entbehren können. Die Wiedergutmachungszahlungen können also nur von dem Teil des Gewinns gestiftet werden, der den Ueberfluß ausmacht, nachdem wir die Selbstkosten bezahlt und das genommen haben, was wir zur eigenen Erhaltung unbedingt brauchen. Nun vergewissere man sich einmal, welche Mengen von Waren wir zu führen müßten, damit diese letzten genannten Forderungen, 6 Milliarden Goldmark jährlich (für die letzten 31 Jahre, man kann aber auch die 5, 4 oder 3 Milliarden der ersten Jahre einlegen), herauskäme. Wenn man dazu die Belastung von 12 Prozent des Ausfuhrwertes hinzurechnet, so müßten wir Waren in einer Höhe exportieren, die manche Entente-Länder selber auf eigenen Export von Waren nahezu verzichten und uns die halbe Welt als unbetretenes Aufnahmepfeld für unsere Waren freigeben müßten. Man sieht also, daß die Voraussetzungen der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft, die jedes Land zwingen, gegen das andere mit gleichen oder ähnlichen Waren auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, Mißharbenabgaben eines Landes an das andere unmöglich machen. Die Notwendigkeiten der Wirtschaft und Austauschweise der Gegenwart schließen die Realisierung von Ansprüchen, wie sie in Paris erhoben worden sind, einfach aus. Oder wollen England und Frankreich etwa bei sich mehrere Feiertage pro Woche einlegen, um die Deutschen arbeiten und zahlen lassen zu können? Das geht auch wieder nicht, weil dabei ein wirtschaftlich-industrieller Vorsprung Deutschlands herauskäme, den sie nicht wünschen können.

Sehen wir noch weiter und legen einmal den Fall, daß Deutschlands industrielle Leistung so gewaltig würde, daß all die vorgelegenen Zahlungen erfüllt werden könnten. Dann würde (immer unter der Voraussetzung, daß die anderen Länder mit der Ausdehnung deutschen Exports auf ihre eigenen Kosten einverstanden wären, die Bruttoabgabe von 12 Prozent vermindert ja auch noch unsere Wettbewerbsfähigkeit) nach Ablauf der 42 Jahre Deutschland in einem industriell-wirtschaftlichen Übergewicht über alle anderen Länder da stehen, das nicht mehr einzuholen wäre. Wir sehen also, Widerspruch über Widerspruch, die Pariser Forderungen und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Voraussetzungen haben sich gegenseitig auf, und niemals kann der Gewinnüberschuß bei der Wareneinfuhr so groß sein, daß man von ihm begreifen könnte: erstens die eigenen auch sehr herabgedrückten Volksbedürfnisse, zweitens 12 Prozent des Bruttoumsatzes und drittens den größten Teil der festen Unmittelkeiten. Es ist schlichtweg unmöglich (und das wäre die Bedingung dafür, daß beim Export die Ausfuhrmenge so riesengroß wäre, und zugleich 50 bis 70 Prozent Reingewinn übrig bliebe, Unmöglichkeit über Unmöglichkeit).

Wenn man daher der Hoffnung sein kann, daß die Widersprüche, deren wichtigsten oben dargelegt sind, den Entente-militaristen nicht verborgen bleiben können, so muß die absolute Notwendigkeit der deutschen Zahlungen, soweit sie irgend in unserer Kraft stehen, auf das ernsteste betont werden. Der deutsche Botschafter in Paris hat vor einiger Zeit erklärt, daß wir die zur Grenze des Möglichen zu geben bereit seien. Wenn daran festgehalten wird, so ist der Weg zur Verständigung wohl auch jetzt noch nicht verbaut. Aber Deutschland muß sich spüren und seinerseits mit positiven Vorschlägen kommen. Dazu muß noch das Folgende gesagt werden. Für Frankreich am nützlichsten für Deutschland am ökonomischsten und im Interesse der Annäherung der beiden Länder am besten wäre es, wenn endlich der Wiederaufbau Frankreichs durch deutsche Arbeiter in die Hand genommen würde. Wir haben genug Arbeitskräfte, die wir, ohne daß sie Arbeit leisten, ernähren müssen. Sie gehen, unter Vornahme der notwendigen Umschichtungen dabei, in die zerstörten Gebiete. Man sagt uns, wir seien schon längst zu diesem Wert bereit gewesen, es sei die Schuld Frankreichs, wenn es unterblieben sei. Wenn dem wirklich so ist, so sage man der deutschen Öffentlichkeit einmal (es ist schon sehr oft danach gefragt worden), welche einzelne, positive, unmittelbar zu verwirklichende Vorschläge von Deutschland gemacht und von Frankreich abgelehnt worden sind. Wir müssen das nunmehr wissen, um feststellen zu können, ob die Regierer des deutschen Volkes ihre Pflicht (wie sie das sagen) wirklich getan oder durch unverzeihbare Pflichtversummung, die abendliche schlimmer Lage des Landes bis zum äußersten gesteigert haben.

Ein positives von uns vorgelegenes Aufbauprogramm für die zerstörten Provinzen muß der wichtigste Teil der in London zu machenden deutschen Vorschläge sein. Diese Lösung vermag wie keine andere für alle Beteiligten Erspriechliches zu wirken, und deshalb müssen wir alles draufsetzen, sie wirklich werden zu lassen.

### Die Liquidation der Krise in den Vereinigten Staaten und ihre Lehren.

Von Prof. Leberer - Heidelberg.

Die heutige Weltmarktlage kommt am deutlichsten in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck; die nackten Ziffern von Produktion und Verbrauch zeigen uns besser als die ertrotzten Berichte der englischen und amerikanischen Presse, welchen Umfang die Krise angenommen hat.

Das sei an einigen Tatsachen illustriert, die ich der letzten Nummer (Dezember 1920) des „Federal Reserve Bulletin“ entnehme. Diese sehr wertvollen Mitteilungen werden regelmäßig von dem „Federal Reserve Board“ publiziert, das bis zu einem gewissen Grade als die zentrale Beobachtungsstelle der amerikanischen Volkswirtschaft betrachtet werden kann.

Es ist bekannt, daß die Statistik der Vereinigten Staaten in vorbildlicher Weise die gesammelten, für Produktion und Verbrauch wesentlichen Daten bringt. In Deutschland z. B. wissen wir zur Not (d. h. die amtlichen Stellen; die Öffentlichkeit erfährt hiervon wenig oder nichts) über Ein- und Ausfuhr, Erzeugung in Landwirtschaft, Bergbau und Eisenindustrielle Industrie. Die ganze Industrieerzeugung wird fortlaufend statistisch nicht erfasst, so daß wir nur aus der Bewegung des Beschäftigungsgrades und anderen Symptomen, wie der allgemeinen Preisbewegung, auf Konjunkturverlauf und -tendenzen schließen können. In Amerika geht die Beobachtung viel weiter. Sie zeigte für Oktober 1920 folgendes Bild (in größten Zügen dargestellt):

Zunächst einige Ziffern über den Umfang der Produktion; wenn wir diese im Durchschnitt der Jahre 1911—1918 = 100 setzen, so ergibt sich (für Agrarprodukte: Marktstatistik):

	Oktober 1920	Frühjahr 1920 (Schätzungen)	Dezember 1920
Mehl (Total)	151	139	116
Getreide und Mehl	127	102	122
Baumwolle	124	132	88
Zucker	127	184	59
Rohle	152	131	137
Ölen	102	139	146

Dieselbe Bewegung zeigen viele andere Waren, sowie die Daten der Transportunternehmungen. Weiteres, trotz geringerer Produktion sind die Warenlager nur unbedeutend gesunken. Sie betragen z. B. Februar 1920: 534 Prozent, Oktober 1920: 504 Prozent des letzten Monatsumfanges, während sich umgekehrt die noch nicht ausgeführten Aufträge von 82 Prozent des Umsatzes im Februar 1920 und circa 10 Prozent im Oktober 1920 gelent hatten. Von Einzelheiten abgesehen kann man sagen, daß die Menge der Produktion (bei diesen Daten werden immer Mengen, nie Preismengen verglichen) von Herbst 1919 auf Frühjahr 1920 fast durchweg erheblich zurückging. Das hat nun nicht in natürlichen Ursachen, etwa geringerer Ernte, Nachlassen der Arbeitslust ufm., seinen Grund. Wir können den Ursachen aller dieser Erscheinungen etwas näher kommen, wenn wir in der gleichen Zeit die Preisbewegung studieren. Da können wir feststellen, daß sich die Großhandelspreise aller Handelsartikel in den Vereinigten Staaten, diese in einen Generalindex zusammengefaßt, folgendermaßen gestalteten:

Vereinigte Staaten	England	Frankreich	Italien
1913 = 100	100	100	100
Jan. 1920 = 228	288	487	304
April 1920 = 261	313	584	679
Oct. 1920 = 205	282	508	665

Es sind also die Preise sowohl als auch die auf dem Markt befindlichen Warenmengen, die Gesamtgütererzeugung zurückgegangen. Das ist merkwürdig, da bei so eingeschränkter Produktion die Preise mindestens ihre alte Höhe hätten behalten sollen. Zwar haben sich in dieser Zeit einige Momente sehr stark bemerkbar gemacht, insbesondere die rasch sinkende Kaufkraft der Abnehmer-Länder. Die Exporte sind vom Frühjahr bis zum Herbst 1920 um 25—40 Prozent gesunken. Aber all das vermochte noch nicht völlig, die sinkende Produktion zu erklären, zumal ja in sehr schlechten Konjunktursituationen jeder starke Produzent trachtet, durch Ausdehnung der Produktion billiger zu erzeugen und so den Schwächeren ganz zu verdrängen.

Solche Krisen waren auch in Amerika gekennzeichnet durch große Arbeitslosigkeit, Bankrotte und weit größere Preissprünge, als wir sie jetzt verzeichnen können. In dem Bilder der Konjunktur verrät sich also eine ordnende Hand, welche tatsächlich an der Gestaltung der Dinge nicht unbeteiligt war.

Als im Frühjahr 1919 bei steigenden amerikanischen Preisen gleichzeitig die europäischen Wechselkurse und damit die Kaufkraft der europäischen Länder sanken, wurde von den Großorganisationen des amerikanischen Kapitals, den Banken die Parole zur Einschränkung und Kündigung der Kredite ausgegeben. Diese ist dann wohl auch in großem Umfange erfolgt. Die Einschränkung und Kündigung der Kredite verlegte Produktions- und Handelsunternehmen in eine schwere Zwangslage, sie mußten trachten, ihre Warenbestände rasch zu verkaufen, um ihre Schulden begleichen zu können. Sie konnten daher mit ihren Vorräten nicht zurückhalten und mußten sie zum Teil mit Verlusten loschlagen. Zwar hatten sie große Gewinne in der Kriegskonjunktur erzielt, aber empfanden jetzt trotzdem die Verluste als Bedrohung ihrer Existenz. Denn sie mußten — und das war die zweite Wirkung, welche sich so sinnfällig in den oben erwähnten Ziffern zeigt — ihre Erzeugung einschränken, also Arbeiter entlassen, Bestellungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten rückgängig machen usw. So verpfandte sich die Krise über die ganze Volkswirtschaft. Während also die Welt noch den größten, brennendsten Bedarf nach den amerikanischen Waren hatte, wurde deren Erzeugung gedrosselt, um Vorgeseres, nämlich hoffnungslose Anhäufung unvertäuflicher Waren zu verhüten. Vom kapitalistischen Gesichtspunkt betrachtet, ist die Einschränkung der Kredite auch durchaus richtig gewesen: denn sie beugte katastrophaler Ueberproduktion vor. Im Grunde befolgten die amerikanischen Banken die Grundzüge der deutschen Kartelle, welche auch beim Nachlassen der Konjunktur die Erzeugung einschränken, um die Profite hoch zu halten. Der Wechsel der Konjunktur kam uns bei beiden Teilen zugute, den Produzenten brachte die Hochkonjunktur gute Gewinne, den Konsumenten die Depression: große Warenlager und billige Preise. Jetzt ist die kapitalistische Produktion in den Vereinigten Staaten organisiert. Diese Organisation wirkte dahin, den Ausbruch der Krise (durch Entziehung der Kredite) zu beschleunigen und sie selbst zu verkürzen. Dabei war der einzelne Unternehmer den führenden Wirtschaftsmächten, den Banken ausgeliefert. Wenn also gesagt wird, eine Organisation der volkswirtschaftlichen Kräfte sei unmöglich, so ist das heute schon durch die Tatsachen widerlegt; die kapitalistische Welt hat sich nachgerade sehr gut orga-

nisiert und weiß die Organisation zur Stabilisierung der Profite zu benutzen, ohne Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten; sie ist sogar stolz darauf, daß sie gelernt hat, „das Geschwür aufzustechen, bevor das Gift den ganzen Organismus erfäßt“. Nun — die sozialistische Organisation der Produktionskräfte wird solche raffinierten Mittel nicht anwenden müssen; sie wird die Ueberproduktion nicht durch Stilllegung von Betrieben heilen müssen, da sie infolge einer zweckmäßigen Verteilung der produzierten Güter eine Ueberproduktion überhaupt nicht kennen wird.

### Bayerns böser Geist.

Berlin, 13. Febr. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ ist die Note der bayerischen Regierung über die Einwohnerwehr in Bayern am Sonnabend der Reichsregierung übermittelt worden. Sie wird vertraulich behandelt, also nicht veröffentlicht werden.

Berlin, 13. Febr. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, wird im Reichsministerium des Innern der Entwurf eines neuen Gesetzes betreffend die Einwohnerwehren ausgearbeitet.

(Die Richtigkeit dieser Meldung müssen wir einstweilen bezweifeln. Immerhin eröffnet die Geheimnistränerie der Reichsregierung schwere Befürchtungen, und die Sozialdemokratie wird ihre besondere Wachsamkeit darauf zu richten haben, daß die bevorstehende Entscheidung über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft nicht durch bayerische Hinterhältigkeit und durch Rückgratlosigkeit der Reichsregierung gefährdet wird. Die Entwaffnungsbestimmungen der Entente sind ganz eindeutig und müssen unter allen Umständen ehrlich durchgeführt werden. D. Red.)

Das heimtückische Doppelspiel der bayerischen Regierung in der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren erhebt besonders deutlich aus dem nachstehenden Schreiben, das in die Hände unseres Nürnberger Parteiblattes, der „Fränkischen Tagespost“, geraten ist:

Vertreter des Staatskommissariats für Mittelfranken.

An die Kreisleitung Mittelfranken.

Betreff: Die Einwohnerwehr Zirnborf.

Nachstehend gestatte ich mir, Auszug aus einem an die Kreisleitung der Techn. Abg. F. gerichteten Schreiben zur gefälligen weiteren Veranlassung mitzutheilen:

In Zirnborf kommen als lebenswichtige Betriebe das Wasserwerk und die elektrischen Anlagen in Frage. Ein Schutz durch die dortige Einwohnerwehr ist nicht möglich, da die E. W. sich nur aus sozialistischen Elementen zusammensetzt und bürgerliche Mitglieder angeschlossen in ihr nicht geduldet werden. Die Stärke der E. W. beläuft sich auf 50 Mann, 300 Gewehre, 7—8 M.-G. Da die E. W. Zirnborf in dieser Waffenstärke und Zusammensetzung ihren Zweck im Bedarfsfalle unmöglich erfüllen wird und außerdem § 2 und 4 der Satzungen des Landesverbandes der E. W. Bayerns nicht entspricht, und die Bürgerlichen ansehend weder die nötige Energie noch das Interesse zeigen, eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen, wird hiermit beantragt, daß die dortige E. W. entwaffnet und aufgelöst wird.

gez. Garais.

In diesem Falle hält also die bayerische Regierung die Einwohnerwehren für durchaus entbehrlich. Aber um eine reaktionären Tendenzen dienstwillige Truppe zu behalten, müssen unbedenklich die Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes aufs schwerste gefährdet werden.

Berlin, 14. 2. Das gestern durch den bayerischen Gesandten dem Reichskanzler übergebene Schreiben der bayerischen Regierung vom 11. ds. Mts. gibt den schon aus den Veröffentlichungen der letzten Tage bekannten Standpunkt der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnerwehr für das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstelle. Sie betont ferner, daß sie den Entschluß der Reichsregierung, ohne die Vordünen Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für verhängnisvoll halte. Wenn die Reichsregierung gleichwohl in Verfolgung ihres Standpunktes Maßnahmen zum Vollzug der Entwaffnung vornehmen zu müssen glaubt, so müsse die bayerische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahmen der Reichsregierung überlassen.

### Memeler Postverhältnisse.

Die für Memel bestimmte englische Post wird neuerdings über Romno befördert. Inwieweit dabei die Interessen der polnischen Verhältnisse oder eine beabsichtigte Unterstüßung der großlitauischen Bestrebungen auf reiflose Angliederung des Memellandes an Litauen eine Rolle spielt, ist noch nicht klar. Die Briefe werden in Romno von der Zensur geöffnet und mit Berner in litauischer Sprache versehen. Dadurch braucht ein Brief von London nach Memel 13 Tage. Bezeichnend für die englische Beurteilung Memeler Verhältnisse ist die Tatsache, daß die Briefe meistens die Aufschrift „Memel (Germany)“ tragen.

### Ein neuer polnischer Abstimmungschwindel.

Von unterrichteter Seite wird den „P. P. N.“ mitgeteilt, daß ein neuer Abstimmungschwindel der Polen festgestellt worden ist. Von einem polnischen Mitglied eines parlamentarischen Ausschusses sind die Namen und Adressen stimmberechtigter Oberbeschleßter im Reich, die Antrag auf Zulassung gestellt hatten, abgeschrieben worden. Die Adressen wurden der polnischen Propagandazentrale übergeben, die ihrerseits ein Schreiben an die Stimmberechtigten gerichtet hat, in dem die selben mitgeteilt wurde, daß die notwendigen Abstimmungspapiere nicht in Ordnung seien und daß daher die Reise zur Abstimmung zwecklos wäre.

Es ist Pflicht jedes abstimmungsberechtigten Oberbeschleßters, der ein derartiges Schreiben erhält, sich sofort mit der zuständigen Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberbeschleßter in Verbindung zu setzen.





# Danziger Nachrichten.

## Zur angestrebten Vereinheitlichung der Polizei

hat die sozialdemokratische Fraktion nachfolgende große Anfrage an den Senat gestellt:

Nach der auf die kleine Anfrage erteilten Antwort durch den Senator des Innern soll die Organisation der Polizei sich gliedern in Schutzpolizei und Verwaltungspolizei. Diese Unterteilung halten wir als eine Vergrößerung der Verfassung, darunter eine Anzahl Polizeibeamteter für unpraktisch und viel zu kostspielig. Ist der Senat bereit, dem Volkstag die Gründe zu nennen, die ihn veranlassen haben, gerade diese unklare und viel Unkosten verursachende Doppelorganisation für das Polizeiwesen zu wählen, die nichts anderes darstellt, als eine unerschöpfliche Quelle von Schwierigkeiten und Differenzen zwischen Verwaltung und Schutzpolizei, und deren Unterhaltung etwa 20 bis 30 Millionen Mark mehr kosten würde, als eine nach dem alten Muster der blauen Polizei eingerichtete Organisation?

Wir haben bereits einige Male in dieser Hinsicht kritisch zu der Neuordnung des Polizeiwesens Stellung genommen, so daß wir unsere Leser in dieser Frage unterrichtet glauben. Die Polizeifrage hat, abgesehen ihrer großen Verfassungen unserer Finanzen, auch im sonstigen öffentlichen Interesse außerordentliche Bedeutung und dürfte der Volkstag auf Grund der großen Anfrage nun endlich Gelegenheit haben, zu dieser bedeutungsvollen Frage Stellung zu nehmen. Eigenartig muß es allerdings anmuten, daß sich die bisherige Sicherheitspolizei in ihren Mitteilungen an die Öffentlichkeit bereits als „Schutzpolizei der freien Stadt Danzig“ bezeichnet. Einmal ist amtlich über diese Umstellung überhaupt noch nichts mitgeteilt worden, so daß durch Führung dieser Bezeichnung Mißverständnisse und Irrtümer entstehen, und zum andern müßte es starke Bedenken erwecken, daß gerade die bisherige Sicherheitspolizei unter Hintenansehung der bewährten blauen Polizei als Grundtruppe für die zu bildende Schutzpolizei genommen werden soll. Wir können nicht annehmen, daß sich der Senat über die Gefahren nicht im Klaren sein sollte, die für die reibungslose Fortführung des öffentlichen Polizeidienstes durch eine derartige Regelung entstehen. Wir nehmen vielmehr an, zumal uns auch eine dahingehende amtliche Neuauflage nicht zu Gesicht gekommen ist, daß seitens der Leitung der Sicherheitspolizei eine zumindestens besonnen stimmende Vorsicht bei der Umbenennung stattgefunden hat, die durch den Senat im Interesse der Öffentlichkeit einer schnellen Korrektur bedarf. Da auch die Kostenfrage der vorgeschlagenen „Vereinheitlichung“ nach dem Wortlaut der oben mitgeteilten Anfrage durchaus nicht so glänzend liegt, wie es Senator Schimmer kürzlich in der Verantwortung der kleinen sozialdemokratischen Anfrage hinstellen wollte, wird sich der Volkstag grundlegend mit der Neuordnung des Polizeiwesens zu beschäftigen haben, und unter möglichster Sparsamkeit einen brauchbaren, zweckentsprechenden einheitlichen Polizeikörper zu schaffen.

## Das Stadttheater in der Spielzeit 1921/22.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine dringliche Vorlage unterbreitet, der zufolge das Personal des Stadttheaters für die kommende Spielzeit auf Jahresverträge angenommen und die Vergütung des Theaterdirektors auf 30 000 Mark erhöht werden sollte. In der Begründung dazu wird gesagt, daß es zurzeit außerordentlich schwer sei, geeignetes Personal für das Danziger Stadttheater zu gewinnen. Man fürchtet besonders die Gefahr, daß und Ausfallrisikofähigkeiten. Wer sich aber entschließt, hierher zu kommen, der will auch wenigstens für ein Jahr in geförderter Stellung sein und nicht, wie es bisher in Danzig der Fall ist, bei der Oper nur acht und beim Schauspiel nur neun Monate. Daß sich ein Künstler auf acht oder neun Monate ein, so wird er dafür ein Gehalt beanspruchen, das im ganzen nicht viel geringer ist, als er sonst für 12 Monate verlangen würde. Die Stadt spart daher mit einer Beschränkung auf eine acht- bis neunmonatliche Spielzeit an Kosten nicht sehr viel, verzichtet dagegen auf Einnahmen, die sie aus der verlängerten Spielzeit erzielen kann. Wenn das Theater im Sommer nicht stark besucht sein wird, so wird doch bei entsprechendem Spielplan (Operette und Lustspiel) eine Einnahme zu erzielen sein, die wenigstens einen Teil der Mehrkosten deckt. Allerdings sind diese Mehrkosten außerordentlich hoch; sie schreien zunächst von der Verlängerung der Spielzeit ab. Geht der Zuschuß des Theaters schon jetzt in die Hunderttausende in der Spielzeit 1919/20 betrug er bei der Theaterkasse über 500 000 Mk., und in diesem Jahre wird er infolge der Erhöhung der Gehälter voraussichtlich weit mehr betragen. So ist er nach dem Vorschlag bei Jahresverträgen auf 1 200 000 Mk. geschätzt. Es ist dabei von den zurzeit geltenden Gehaltsstufen ausgegangen und nur für das Solopersonal eine Erhöhung von 40 Prozent eingebracht, damit der Theaterdirektor die Möglichkeit hat, für besonders gute Kräfte je nach Bedarf über die bisherigen Sätze hinauszuweisen. Bei dem übrigen Personal ist man davon ausgegangen, daß die Eindämmung von Jahresverträgen eine so große Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet, daß eine weitere Erhöhung nicht notwendig wäre. Wie sich im übrigen die Einnahmen und Ausgaben gestalten werden, läßt sich zurzeit auch nicht annähernd übersehen, da die Preise für Heizung, Beleuchtung und andere Dinge ganz unsicher sind. Die Aufwendungen für den Winterbetrieb steigt jedoch erheblich, denn mit dem Beginn der Winterzeit tritt die Bestimmung des vom Deutschen Bühnenverein und von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger vereinbarten Normalvertrages, der auch in Danzig gilt, in Kraft, wonach den Mitgliedern die zur Aufführung eines Bühnenwerkes erforderlichen Reise- und Schenkungs- und Schenkungs- sowie Verdien mit Ausnahme von solchen Sachen, die jedes Mitglied zum täglichen Gebrauch besitzen muß, zu liefern sind. Da auch sonst der Haushaltsplan der städtischen Einnahmen und Ausgaben des Stadttheaters einen erhöhten Zuschuß erfordert, dürfte der vorstehend geschilderte Zuschuß von 1 200 000 Mk. im ganzen noch gar nicht genügen. Bei der so außerordentlich wachsenden Höhe der Ausgaben ist der Gedanke aufgetaucht, das Theater zunächst einmal für ein ganzes Jahr ganz zu schließen. Diesen Gedanken hat der Magistrat in Übereinstimmung mit dem Theater- und dem Mercantilschule nicht weiter verfolgt. Er hält die Hauptstadt des Reichstaates für verpflichtet, eine Bühne zu unterhalten, selbst wenn sie einen erheblichen Zuschuß erfordert. Die Schließung würde einen sehr bedauerlichen Rückschritt auf kulturellem Gebiete bedeuten. Eingehender ist die Frage erörtert worden, ob nähergehend auf die Oper, dem bei weitem teuersten Teil des Theaterbetriebes, verzichtet werden kann. Auch hieron ist der Magistrat in Übereinstimmung mit dem Theater- und dem Mercantilschule abgekommen. Es würde dadurch das Fortbestehen des Orchesters gefährdet sein. Ohne das Orchester würde das musikalische Leben Danzigs kaum fortgeführt werden können. Die Nachteile wären auch heute so groß, daß das schwere Opfer gebracht werden muß.

Eine Grundlegung des Zuschusses durch Erhöhung der Einnahmen wird sich kaum mehr erreichen lassen. Nach der letzten Er-

höhung der Eintrittspreise war der Besuch des Theaters so geringgegangen, daß mit den erhöhten Preisen nicht mehr Einnahmen erzielt wurden, als früher mit den geringeren, und wenn er sich im Januar auch gehoben hat, so ist doch namentlich der 1. Rang nach wie vor im allgemeinen bei weitem nicht ausverkauft. Es sind noch andere Pläne verfolgt worden, die darauf abzielen, die Kasse des Danzig übernehmen soll, zu erleichtern. So wurde namentlich ein Zusammengehen mit Joppot versucht. Auch dieser Weg hat sich zurzeit aber nicht als gangbar erwiesen. Joppot selbst hat nicht die Neigung, der Verschmelzung der beiden Theater sowie der beiden Orchester zuzustimmen. Zudem würden erhebliche Vorteile aus dem Zusammengehen, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, zurzeit kaum zu erwarten sein. Daß die Einnahmen aus der Luftfahrsteuer bei längerer Spielzeit wachsen, ist anzunehmen. In der Spielzeit 1919/20 hat sie 245 000 Mk. eingebracht. In diesem Jahre wird mit einer Einnahme von 400 000 Mk. gerechnet. — Wir sehen für heute von einer Würdigung dieser Darlegungen ab, da die künftige Stadtverordnetenversammlung sehr eingehend zu der Theaterfrage Stellung nehmen dürfte.

Die internationalisierte Verteilungskommission des ehemaligen Staatsigentums in Danzig wird dieser Tage ihre Tätigkeit aufnehmen. Von der Kommission, die aus dem englischen Diplomaten Carr, dem italienischen Konsul Bertangi und dem französischen Eisenbahnsachmann Lescaze besteht, ist ersterer bereits in Danzig eingetroffen, während sich die andern Vertreter auf der Herreise befinden. Auch Polen hat es für notwendig befunden einen Vertreter zu der Aufstellung des Staatsigentums nach Danzig zu entsenden und ist ein Dr. Radelski vom polnischen Ministerium mit der Vertretung der polnischen Wünsche betraut worden. Der Danziger Hafenausschuß, der an der Verteilung der staatlichen Anlagen ein besonderes Interesse hat, soll bereits mit der Aufstellung des in Betracht kommenden Eigentums begonnen haben und entsprechende Unterlagen und Vorschläge vorbereiten. Sowie Polen berechnete Ansprüche auf Grund der Konvention zu stellen haben sollte, würden diese naturgemäß eine Berücksichtigung finden und ist es nicht recht ersichtlich, wieso Polen durch einen Vertreter noch besondere Wünsche offenbaren lassen will. Zum größten Teil handelt es sich bei den zur Verteilung stehenden Gütern um wirtschaftliche und öffentliche Anlagen, die für Danzigs Zukunft von entscheidender Bedeutung sind und über deren Zuteilung daher kaum Zweifel bestehen sollten.

Ballettmaster am Stadttheater Wolf Wölffler †. Im Diabolistenkrankenhaus ist gestern nach achtstündiger schwerer Krankheit der Ballettmaster des Stadttheaters Wolf Wölffler gestorben. Er hatte sich in beruflicher Tätigkeit eine schwere Erkrankung zugezogen, die zu einer doppelseitigen Lungenentzündung und Rippenhöhlenentzündung ausartete. Durch seine mehrjährige Tätigkeit am Stadttheater, wo er dem Ballett vorstand, ist er weiten Kreisen der Danziger Bevölkerung durch seine Ballettvorführungen bekannt geworden. Auch die Arbeitererschaft hatte in den Sonderveranstaltungen des Arbeiter-Bildungsausschusses einige Male Gelegenheit, die Kunst Wölfflers, der zweifellos eine starke Begabung in seinem Fache aufwies, zu bewundern.

Ausflusshilfe Dampfer-Fährverbindung nach Weichselmünde. Der Magistrat fordert bei der Stadtverordnetenversammlung durch eine dringliche Vorlage die Summe von 20 000 Mk. zur Herstellung einer besseren Fährverbindung zwischen dem diesseitigen Ufer und Weichselmünde an. Die Fährverbindung ist, wie aus den vielen Klagen bekannt ist, in den Wintermonaten häufig durch das Eis zu behindert, daß bei stürmischem Wetter, wenn das Treibeis sich zusammenschleibt, tagelang der Fährbetrieb völlig eingestellt werden muß, wie es auch in den letzten Tagen wieder der Fall war. Es soll jetzt bei solchen Eisverhältnissen von der Hafenbauverwaltung ein Dampfer zum Übersetzen gestellt werden. Die Kosten dafür sollen durch den Zuschuß der Stadt jetzt von der Stadtverordnetenversammlung anfordert, aufgebracht werden. Um den Zuschuß zu einem Teil einzuholen, soll während solcher Tage ein erhöhtes Fährgehalt von den Uferbesitzern eingezogen werden.

Auslösung der Geschworenen. Die nächste Schwurgerichtstagung beginnt am 7. März unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Bock. Die Auslösung der Geschworenen fand gestern durch den Landgerichtspräsidenten Richter statt. Dabei wurden zum erstenmal endlich auch einige Vertreter des Arbeiterstandes durch das Los zu Geschworenen bestimmt. Ausgelost wurden: Gutsbesitzer Schmidt-Wöhngengrün, Chemiker Bloch-Joppot, Postdirektor Förster-Joppot, Oberpostassistent Reich-Danzig, Kaufmann Modemauer-Kalkhof, Tischler Karl Cawakli-Dangfuhr, Arbeiter Franz Bloch-Dangfuhr, Arbeiter Johann Bloch-Danzig, Arbeiter Johannes Preuß-Danzig, Gutsbesitzer Puhjan-Dangfuhr, Kaufmann Busch-Danzig, Rittergutsbesitzer Halfter-Gerrengrün, Heizer Gustav Hohmann-Jungfer, Zimmermann Gustav Bangnau-Grenzdorf, Arbeiter August Schanz-Jantendorf, Produkt Paul Reinweber-Joppot, Hofbesitzer Richard Karnapp-Barenhof, Stadtbereiter Scheller-Danzig, Gutsbesitzer Damm-Kunghendorf, Zimmerer Paul Haal-Badelopp, Diplomingenieur Hermann Pheps-Dangfuhr, Gutsbesitzer Sielmann-Altwieschel, Stadtverordneter Casel-Dangfuhr, Schmiedemeister Bogall-Maudorf, Hofbesitzer Andrej-Madelopp, Landwirt Pohlmann-Krebsfelde, Hofbesitzer Bickel-Dangfuhr, Maurer Bartich-Galdendorf, Arbeiter Wilhelm Piotraschke-Dangfuhr.

Welterweiterung des städtischen Handelsschule. Die private Anortische Handelsschule (Mühl. Graben 11) soll nach einer der Stadtverordnetenversammlung genehmigten Magistratsvorlage mit der städtischen Handelsschule vom 1. April ab verbunden und das Inventar im Werte von 25 000 Mark von der städtischen Handelsschule übernommen werden. Die bisherige Inhaberin der Anortischen Privatschule, Frau v. Koppelsch, wird als Handelslehrerin an der städtischen Handelsschule auf Privatdienstvertrag Anstellung finden. Die städtische Handelsschule und höhere Handelsschule, die besitzt aus der Kommunalisierung zweier privater Schulen entstanden ist, wird hierdurch weiter ausgebaut und in ihrer Entwicklungsmöglichkeit gestärkt werden und das Handelsschulwesen in Danzig eine weitere Vereinheitlichung erfahren. Das Kuratorium der Handels- und höheren Handelsschule hat dem Antrag zugestimmt.

Die Erhöhung der Schankkonzessionssteuer beantragt der Magistrat in einer dringlichen Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung. Die Höhe betragen forsan, wenn der Gewerbesteuer bei Errichtung eines neuen Betriebes von der Gewerbesteuer frei ist, 600 Mk., wenn er in der 4. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist, 1200 Mk., in der 3. Gewerbesteuerklasse 3000 Mk., in der 2. Gewerbesteuerklasse 7200 Mk., und in der 1. Gewerbesteuerklasse 10 000 Mk. Bei Übernahme eines Geschäftes innerhalb drei Jahren nach Erteilung der Erlaubnis an den Vorgänger ist eine Ermäßigung von 50 Proz. vorgesehen, bei 5 Jahren 80 Proz., bei 8 Jahren 70 Proz., bei 10 Jahren 60 Proz., und über 10 Jahren 50 Proz. Eine Neuerung bringt der § 9 der neuen Schankkonzessionsordnung insofern, als auch eine vorläufige Bezeichnung zur

Schankkonzessionssteuer erfolgen kann, wenn die Bewilligungen nach nicht völlig abgeschlossen und eine Bezeichnung zur Gewerbesteuer noch nicht erfolgt ist. Es soll dadurch erreicht werden, daß derartige Gewerbetreibende bei Errichtung des Betriebes einen Teil der Steuer zahlen müssen und daß die Einziehung der Steuer demgemäß nicht auf Schwierigkeiten läßt.

Die Flaggmann der Kapelle der Sicherheitspolizei findet am Mittwoch, den 16. Febr., von 1 Uhr ab auf dem Bangenmarkt statt.

Als dringliche Vorlagen des Magistrats stehen auf der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung nach: Erhebung einer Wohnsteuer, Erhöhung der Schankkonzessionssteuer, Aufhebung einer Kesseldampferverbindung zwischen Weichselmünde und Neujahrswasser.

Danziger Stimmzettel. Das Ergebnis der Volksstimmung für das städtische Amt hat bisher die Summe von rund 212 000 Mk. erreicht. Es ist zu erwarten, daß auch diese Summe noch nicht endgültig sein wird.

Zum Amts- und Gemeindevorsteher für den Bezirk Gmünd ist vom Landrat des Kreises Danziger Höhe Genosse Hans Genzel beauftragt worden.

Für die Errichtung eines Amtsgerichts in Reuditz, aber die schon seit Wochen eingehende Erörterungen stattfinden, hat sich der Verfassungsausschuß in heute vormittag stattgefundenen Sitzung mit 9 gegen 7 Stimmen ausgesprochen. Über die Errichtung des Amtsgerichts lassen sich aus dieser Abstimmung jedoch noch keine bestimmten Schlüsse folgern, da die Fraktionen in sich keine einheitliche Stellung zu dieser nicht nach politischen Gesichtspunkten zu beurteilenden Frage einnehmen.

Als gestohlen angesehen ist eine wertvolle Himbeerfarbene Pistole, die gleich ein Saal mit 15 Scheurengeln, etwa um 8 1/2 Uhr, seine Dienststelle in der Heiligengeistgasse Nr. 114, um nach der Langgasse zum Augenarzt in die Ersthilfe zu gehen. Das Mädchen ist selber spurlos verschwunden, beim Arzt ist es auch nicht gewesen. Das Mädchen war bekleidet mit einem dunklen Kleide mit Punkten, dunkler Winterjacke. Besondere Kennzeichen hat es nicht, es ist klein, etwa 150-160 Zentimeter groß, dunkelblond und hat braune Augen, Alter 25 Jahre. Zweifelhafte Angaben sind an die Kriminalpolizei zu richten.

Ein Dienstmädchen spurlos verschwunden. Das Dienstmädchen Minna Heinrich verließ am Donnerstag nachmittags, etwa um 8 1/2 Uhr, seine Dienststelle in der Heiligengeistgasse Nr. 114, um nach der Langgasse zum Augenarzt in die Ersthilfe zu gehen. Das Mädchen ist selber spurlos verschwunden, beim Arzt ist es auch nicht gewesen. Das Mädchen war bekleidet mit einem dunklen Kleide mit Punkten, dunkler Winterjacke. Besondere Kennzeichen hat es nicht, es ist klein, etwa 150-160 Zentimeter groß, dunkelblond und hat braune Augen, Alter 25 Jahre. Zweifelhafte Angaben sind an die Kriminalpolizei zu richten.

Wichtiges Diebstahl von Pferdegeschirren. Zwei Polizeiwachmeister begegneten gestern gegen 10 1/2 Uhr abends zwei Personen mit zwei Säcken. Es waren dieselben der Arbeiter Wida aus Gmünd und Schopinski aus Schiditz. Da zweifellos Diebstahl vermutet wurde, wurden beide angehalten und verurteilt. Man fand bei ihnen zwei Zaumzeuge, eine Summischärze, eine Pistole, drei Lebertamburs, einen Aufschermantel, zwei Wagenpläne, eine Wackelbürste und vier leere Eide. Die Täter wurden festgenommen. Sie räumten ein, diese Sachen aus einer Kammer vom Hofe Schiditzgasse 12 gestohlen zu haben. Die Tamburs sind von den dort stehenden Wagen abgetrennt worden.

Polizeibericht vom 16. Februar 1921. Festgenommen: 6 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 in Polizeihaft. — Obdachlos: 2 Personen.

## Eingefandt.

### Weiß die Direktion der Danziger Werft etwas davon?

Auf dem Holm werden z. B. die früheren Kaminräume zu Zwecken umgebaut, die für einen Herrn Krüger von der Verkehrszentrale sein sollen.

Die bei der Danziger Werft beschäftigte Arbeitererschaft muß dort allerhand Arbeiten verrichten, die mit der Produktion absolut nichts zu tun haben. So müssen die Arbeiter z. B. dort Dung vom Annahme-Amt auf das Gartenland transportieren und alsdann das Land umgraben. Auf welches Konto wird der Arbeitslohn für diese Arbeit verrechnet?

Ebenso erlauben wir uns die Anfrage, von wo das Holz genommen wird, welches für die Umzäunung des Gartenlandes des Herrn Krüger verarbeitet wird.

Die Arbeitererschaft verlangt über diese Fragen Aufklärung, zumal Herr Krüger, infolge seiner gervüttelten Nerven, Anordnungen trifft, die für die große Masse der Arbeiter unverständlich sind. Der Werftleitung ist zu empfehlen, diesen Herrn in irgend einem Büro zu beschäftigen, zumal auch sein Benehmen gegenüber der Arbeitererschaft nicht als einwandfrei bezeichnet werden kann.

### Standesamt vom 15. Februar 1921.

Todesfälle: Tochter des Schlossers Emil Wollentzin, 8 M. — Frau Henriette Kurfeld geb. Fischer, 67 J. 10 M. — Schneidermeister Albert Behre, 73 J. 8 M. — Ballettmaster Wolfgang Wölffler, 40 J. 2 M. — Frau Minna Behau geb. Friebe, 56 J. 5 M. — Sohn des Kaufmanns Kurt Berg, 4 M. — Sohn des Toten Ernst Schmidtke, 6 M. — Frau Helene Grunke geb. Kimm, 83 J. 11 M. — Tochter des Seemanns Eduard Wichert, 10 J. 9 M. — Theatermeister a. D. Hermann Reffe, 59 J.

### Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polsische Mark: (Auszahl 7 1/2)	7 1/2	(am Vorlage 7 1/2 - 1/2)
Dollar: . . . . .	57 1/2 - 58	57 - 58
Englische Pfund: . . . . .	227	227
Frank: . . . . .	4,18	4,19 - 4,22

## BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

### Wasserstandsberichte am 12. Februar 1921.

gestern		heute	
Jawisch	1,29	1,18	
Wasschau	2,46	2,80	
Thorn	2,62	2,44	
Fordan	0,86	0,92	
Gulm	0,78	0,80	
Braubenz	1,02	0,98	
Kurzebrack	1,55	—	
Montauerpipe	0,88	0,74	
Piechel	0,98	0,78	

Welsche: Von km 0 (Schiditz) bis km 16 (Eistreiben) in 1/2 Strombreite, von hier bis km 45 ganz schwaches Eistreiben, von km 45 bis 56 (Fordan) in 1/2 Strombreite, alsdann bis km 217,0 (Einlage) Eistreiben in 1/2 Strombreite, von hier bis zur Mündung Eistreiben in 1/2 Strombreite. Das Eis wird durch die starke Brandung und durch Nordweststurm zurück gehalten.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Voigte, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwartz in Döben. Druck und Verlag von J. G. Sch. u. Co., Danzig.

Am Montag, den 14. Februar, abends 6 Uhr entschied nach kurzem, aber schwerem Leiden

Herr Ballettmeister  
**Wolf Wölffer**

im 41. Lebensjahre.

Das Stadttheater verliert in dem Dahingeschiedenen einen Vorstand und Künstler von seltenem Pflichtgefühl und einem lebhaften, stets hilfsbereiten Kollegen. Ihre seeligen Angehörigen

Die Direktion des Stadttheaters  
Rudolf Schaper.

Am Montag, den 14. Februar verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege.

Herr Ballettmeister  
**Wolf Wölffer.**

In ihm verlieren wir einen Freund und Kollegen von seltenem gutem Herzen und Charakter.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Mitglieder des Stadttheaters.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund der von der Stadtverordneten-Versammlung am 30. März 1920 festgesetzten Preiskata sind bis auf weiteres

#### die Preise für elektrische Arbeit

- wie folgt - festgesetzt worden:

1. Für Beleuchtungswecke, für das Laden transportabler Akkumulatoren, für den Betrieb von Motoren zur Lichterzeugung und für den Betrieb aller Motoren, die weniger als 1/2 Pferdestärken haben,

- a) bei Anwendung einfacher Zähler 3,50 M. A. W. S. (bisher 4,58 M. A. W. S.),
- b) bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 3,70 M. A. W. S. (bisher 4,78 M. A. W. S.), außerhalb derselben 3,10 M. A. W. S. (früher 4,18 M. A. W. S.).

2. Für den Betrieb von Motoren, die 1/2 oder mehr Pferdestärken haben und nicht zur Lichterzeugung dienen, ferner für den Betrieb von Lichtbädern, sowie von Heiz- und Kochvorrichtungen

- a) bei Anwendung einfacher Zähler 3,00 M. A. W. S. (bisher 4,08 M. A. W. S.),
- b) bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 3,15 M. A. W. S. (bisher 4,23 M. A. W. S.), außerhalb derselben 2,85 M. A. W. S. (bisher 3,93 M. A. W. S.).

3. Für alle sonstigen Zwecke bei Anwendung von einfachen Zählern 3,60 M. A. W. S. (bisher 4,68 M. A. W. S.), bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 3,60 M. A. W. S. (bisher 4,68 M. A. W. S.), außerhalb derselben 3,00 M. A. W. S. (bisher 4,08 M. A. W. S.). Die Berechnung nach obigen Preisen erfolgt für die Verbrauchsperiode, die nach den Zählerablesungen nach dem Stichtag (18. Februar d. Js.) beginnt. Die Gas-, Kohle- und Wasserpreise bleiben unverändert. Danzig, den 14. Februar 1921. (3618) Der Magistrat.

#### Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das IV. Vierteljahr (Januar, Februar und März 1921) sind bis zum 18. Februar d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben, gleichzeitig erfolgt auch die Beitreibung der für das I. III. Vierteljahr noch rückständigen Steuerbeträge.

Bei Zahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Eingahlung unter genauer Bezeichnung des Zahlens und des Steuerjahres so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 18. Februar d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mitzuzahlen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 18. November 1909.

Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt nicht. Kassenstunden werktäglich 8<sup>1/2</sup> - 1 Uhr vormittags.

Danzig, den 8. Februar 1921. (3609) Städtische Steuerkasse.

Die Eltern, Pfleger und Vormünder derjenigen schulpflichtigen, aber noch nicht eingeschulten Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1920 bis einschließlich 30. Juni 1921 ihr 6. Lebensjahr vollenden, werden hiermit aufgefordert, zum Zwecke der Einschulung diese Kinder am 17., 18. oder 19. Februar dieses Jahres in den Stunden von 8 bis 10 Uhr vormittags bei dem Leiter der Schule ihres Bezirkes anzumelden. Die Leiter werden in ihren Schulen in der festgesetzten Zeit zur Entgegennahme der Anmeldungen bereit sein.

Zu den Anmeldungen sind die Geburts- und Impfscheine der Kinder mitzubringen.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung eines Kindes hat die gesetzlichen Zwangsmahregeln zur Folge.

Danzig, den 8. Februar 1921. (3585) Die Schuldeputation.

#### Die Malerarbeiten

in der Schulbaracke in Bröhen sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Sonnabend, den 19. Februar 1921, vorm. 10 Uhr der Städt. Hochbauverwaltung, Reugarten 28, einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der Städt. Hochbauverwaltungsstelle, Rathhaus Langgasse, Zimmer 32 zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. Danzig, den 14. Februar 1921. (3617) Der Magistrat.

#### Gedania-Theater

Schüsselndamm 53/55

Ab heute! Nur bis einschl. Donnerstag! Die neue Errungenschaft der Lithographie! Die Verfilmung des allbekannten Romans v. Robert Meymann

„Lederstrumpf“ I. Teil: Wildstör u. Chingachook Ein sensationeller Wild-West-Film in 4 großen aufregenden und spannenden Akten. (3615) Danzig

Napoleon und die kleine Wäldlerin, I. Teil Schauspiel in 4 Akten mit Ellen Richter.

#### Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper. Dienstag, den 15. Februar 1921, abends 7 Uhr Dauerkarten D 1. Zum 1. Male:

#### Penthesilea

Ein Trauerspiel in 6 Bildern von Heinrich von Kleist. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Herz. Inspektion: Emil Werner.

Penthesilea, Königin	der Ama-	Dora Ottenburg
Prothoe	zonen	Martha Kaufmann
Meroe		Martha Krenzl
Hesperia		Franz Brückel
Die Oberpriesterin der Diana		Frieda Reginald
Schilles		Edgar Bähring
Odysseus	Adlige des	Eduard Siebricht
Diomedes	Orienteuropas	Karl Altmeyer
Achilleus		Karl Brückel
Abrak, Feldhauptmann		Ferdinand Neuert
Herold		Rudolf Schwaner
Pyramidenzieher		Karl Nord
Artillerie		William Wertheim
Dolmetscher		Fritz Blumhoff
1. Griechische		Erich Drengeloff
2. Griechische		Willy Wichmann
Die Oberke		Job. Proft-Gallische
1. Priesterin		Frieda Werner
2. Priesterin		Wola Dorsch
1. Blumenmädchen		Marga Lichtenstein
2. Blumenmädchen		Erika Feis
3. Blumenmädchen		Ellen Boule
4. Blumenmädchen		Ellen Cyde

Ende 9<sup>1/2</sup> Uhr.

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Renagerie.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. Waldmeister.

Freitag, abends 6<sup>1/2</sup> Uhr. Dauerkarten E 1. Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Elise v. Catopol-Batteng von der Staatsoper in Berlin: La Traviata.

#### Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Basiss u. Direktor Paul Bannmann.

Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Monte Dienstag, den 15. Februar

Anfang 7 Uhr Anfang

#### „Das Glücksmädel“

Operette in 3 Akten. Musik von Otto Schwarz.

Morgen Mittwoch, den 16. Februar

#### „Der Bettelstudent“

Vorverkauf findet tags v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt. Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen: Klein-Kunst-Bühne „Libelle“



#### Gerade

wird die Schube so kurz und in der Höhe des Bente gut genug, deshalb

sparc durch

# Erdal

#### Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Am Freitag, den 18. Februar 1921, abds. 6<sup>1/2</sup> Uhr, in der Maurerherberge, Schlüsselndamm

#### Mitglieder-Versammlung.

1. Kassenbericht.
2. Vortrag des Gen. Dr. Polze: Die Wiedergutmachungsfrage und die Arbeiterkass.
3. Erziehung zum Vorstand.
4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Der Vorstand.

#### Der Neue Weltkalender

für 1921

Preis 2,25 Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

PAROLE



Brett'l

Sensations-Programm

4-Uhr-Tee

Tanzvorführungen Jacqui und sonstige Einlagen

Kaffee

Geigerkönig Mai mit erstklassigen Kabarett-Einlagen

#### Volkspflege

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Bureau der Arbeiterorganisationen und von der Wohnungsgesellschaft 16 Danzig Brano Schmidt, Mattenbuden 35.

**Sreden, Vorträge, Aufführungen**

werden nach Inhalt und Form durchgearbeitet und einstudiert. (3616)

**Eise Hoffmann,** Danzfuhr, Herberweg 1.

**1 Oberbett** mit Affen zu verkaufen. Rödor bei Srungalla, Seil Weißgasse 91, 3 Tr. (7)

## Geschäfts- und Familien-Drucksachen, Werke, Jahresberichte usw. Wirkungsvolle Plakate jeder Art, Massenauslagen in kürzester Frist

Liefert in sauberster Ausführung bei mäßiger Preisberechnung

# Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6